

Haushaltsrede 2025 im Gemeinderat von Steinen

Steinen, den 29.04.2025

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

ich war bekannterweise in den letzten Monaten sehr viel unterwegs und habe sehr viele Kommunen besucht. Ein Wort, das in jeder Gemeinde, jeder Stadt oder jedem Landkreis immer wieder zu hören war ist «Konnexität». Art 104a (1) GG lautet «Der Bund und die Länder tragen gesondert die Ausgaben, die sich aus der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ergeben, soweit dieses Grundgesetz nichts anderes bestimmt.» Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist dieser Artikel mitunter so zu verstehen, dass Kommunen, wenn sie Aufgaben vom Bund oder den Ländern übertragen bekommen, auch die zugehörigen Mittel zur Bewältigung dieser Aufgaben zur Verfügung gestellt bekommen müssen. Man nennt dies auch Bestellerprinzip oder im Juristendeutsch eben Konnexitätsprinzip.

Warum hört man dieses Wort mittlerweile so oft? Weil es kaum eine Kommune mehr schafft, einen auch nur halbwegs ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Nicht nur Gemeinden wie Steinen, die schon lange sparen müssen, sondern auch noch vor kurzem als wohlhabend geltende Städte und Gemeinden haben mittlerweile keine ausreichenden Einnahmen mehr, um die laufenden Ausgaben zu bewältigen. Die Bürokratie, die den Rathäusern auferlegt wird, ist viel zu groß geworden, sie sorgt für immer mehr Mitarbeiteraufwuchs und damit Personalkosten. Die Aufgaben sind zu viele geworden, von Kinderbetreuung an Schulen, über KiTa- und Kindergartenplätze, über Flüchtlingsbetreuung bis hin zu Katastrophenschutz und Ausstattung der Feuerwehren.

Um nur ein paar konkrete Zahlen für Steinen zu nennen:

Für die Flüchtlingsunterbringung sprechen wir glücklicherweise nur von einem Defizit von 50'000 EUR pro Jahr.

Bei den Feuerwehren sprechen wir schon von über einer halben Million EUR pro Jahr.

Bei den KiTas und Kindergärten sind wir bei einem massiven Defizit von 3.5 Mio. EUR pro Jahr; und nur um das in Relation zu setzen; wenn die Eltern die vollen Betreuungskosten tragen müssten, würde das eine Verzehnfachung der Gebühren bedeuten.

Zeitgleich stagnieren die Gewerbesteuereinnahmen, sinken teilweise sogar. Löhne und Gehälter steigen, genauso wie die Kosten für Energie und Gebäudeunterhalt. Auch die Kreisumlage steigt enorm, vor allem aufgrund der Anforderungen an die Gesundheitsversorgung. Um auch hier ein konkretes Beispiel zu nennen; während der Kreis Lörrach 2015 bei EUR 230 Mio. Einnahmen noch ein Haushalts-Plus von EUR 3,5 Mio. vorweisen konnte, war es 2023 bei Einnahmen von EUR 370 Mio. ein Minus von EUR 13 Mio.

Diese Umstände treffen unsere Gemeinde natürlich doppelt hart. Wir können einerseits stolz sein, dass wir es in der Vergangenheit immer wieder geschafft haben, trotz großer Herausforderungen und widriger Umstände, einen einigermaßen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Nun ist aber ein Punkt erreicht, an dem es einfach nicht mehr geht. Und die Stellschrauben sind begrenzt. Eine übertriebene Erhöhung der Gebühren etwa für kommunale Dienste oder Kinderbetreuung übersteigt die Leistungsfähigkeit unserer Bürgerinnen und Bürger, dasselbe gilt für die Grundsteuer. Eine höhere Gewerbesteuer übersteigt die Leistungsfähigkeit unserer Gewerbetreibenden, die eher eine Steuersenkung bräuchten, da die allgemeinen Standortbedingungen Deutschlands viel zu schlecht sind.

Für das laufende Jahr haben wir es noch mit Maßnahmen geschafft, einen Haushalt vorzulegen, der zwar nicht ausgeglichen ist, aber der mit verkraftbaren Defiziten auskommt. Diesem wird die CDU-Fraktion nun auch zustimmen. Der Preis, den wir dafür zahlen, ist aber, dass wir Maßnahmen in die Zukunft verschieben, die im nächsten Jahr mindestens 20% teurer sein werden, als heute. Eine Lösung ist das keine. Es ist eher als wenn man den Keilriemen eines Automotors mit einer Nylonstrumpfhose flickt. Man kommt vielleicht noch bis zur nächsten Werkstatt, aber spätestens dort ist Ende.

Für die Zukunft gibt es meiner Meinung nach daher nur drei Wege, wie wir finanziell ausgeglichen sein können.

Erstens: Wir müssen die Einnahmen vor allem durch Ausweisen neuer Gewerbegebiete steigern. Daher muss das effiziente Erschließen der Bäumlematt sowie weiterer möglicher Gebiete schleunigst durch die Verwaltung vorangetrieben werden. Im nächsten Jahr müssen die ersten Unternehmen dort in Betrieb gehen. Zudem muss es uns beim Ansiedeln von Gewerbebetrieben hauptsächlich um deren Steuerpotential gehen, und nicht darum, was noch schön zu haben wäre in der Gemeinde, wie beispielsweise ein Kino.

Zweitens: Wir müssen weiterhin sparen. Aber nicht nur im Klein-Klein, wie wir es dieses Jahr getan haben. Jeder der in der letzten Sitzung dabei war oder auch nur die Berichterstattung darüber gelesen hat, weiß, wovon ich spreche. Wir müssen uns fragen, was sich die Gemeinde Kurz-, Mittel- und Langfristig noch leisten kann. Dabei müssen auch Dinge in Frage gestellt werden, die uns alle schmerzen werden. Können wir uns noch ein Schwimmbad leisten, eine Mehrzweckhalle in jedem Teilort, eine Feuerwehr in jedem Ortsteil, oder die fünf Ortsverwaltungen, die auch jedes Jahr mit ca. EUR 300'000 zu Buche schlagen? Und nicht, dass Sie mich falsch verstehen. Ich möchte an diesen Dingen sicher nicht sparen. Aber es wird kein Weg daran vorbeiführen, jedes davon auf den Prüfstand zu stellen. Daher muss das ein wichtiger Bestandteil der Klausurtagung des Gemeinderats diesen Sommer sein.

Und schließlich Drittens: Wir müssen die Pflichtaufgaben des Landes und des Bundes so lange aufschieben, bis uns die entsprechenden finanziellen Mittel gewährt werden. Oder wir müssen die Mittel einklagen. Wenn das Land den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gibt, ihr Recht auf ganztägige Kinderbetreuung in der Grundschule einzuklagen, müssen wir unser Recht auf Finanzierung einklagen, gem. der eingangs beschriebenen Konnexität. Konkret würde ich vorschlagen, die weitere Planung des Schulumbaus nicht oder nur soweit zu beginnen, wie es zur Beantragung von Fördermitteln erforderlich ist. Und ich fordere die Verwaltung auf, sich mit ähnlich gestellten Gemeinden zusammen zu tun, um entsprechende Klagen einzureichen – wir können so nicht weitermachen.

Meine Damen und Herren, ich weiß, dass dies keine sehr optimistische Rede ist. Aber wir müssen beginnen, den Tatsachen ins Auge zu sehen. An dieser Stelle möchte ich einen Apell direkt an Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger, richten. Wenn wir solche Spar-Maßnahmen beschließen, dann nicht, weil uns das Spaß macht, sondern schlicht, weil es nicht mehr anders geht. Wir werden uns diese Entscheidungen nicht leicht machen und ich bitte schon jetzt um Ihr Verständnis. Was aber keinesfalls passieren darf, ist, dass kommunale Vertreter von Bürgern verbal angegangen werden, weil Sie unliebsame Entscheidungen treffen müssen. Wir haben das in junger Vergangenheit mehrfach erlebt und da sage ich ganz klar, da hört es auf. Wer sich hier für Bürger und Gemeinde einsetzt, der darf nicht attackiert werden, weil er Verantwortung übernimmt.

Im Gegenteil. Wir müssen gemeinsam den Druck auf die politischen Entscheidungsträger in Land und Bund aufrechterhalten. Der Bevölkerung ist es nicht mehr zu erklären, warum wir in einem Land, mit einer derart hohen Steuer- und Abgabenlast, es nicht mehr schaffen, ein Schwimmbad oder eine Sporthalle zu betreiben. Und es ist auch niemandem zu erklären, wie wir in Baden-Württemberg fast fünf Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich geben, damit Berlin kostenlose KiTa-Plätze zur Verfügung stellen kann, während wir unseren Eltern jedes Jahr die Gebühren erhöhen müssen. Das ist kein Problem, das wir hier heute Abend lösen, aber ein Denkanstoß für diejenigen, die sich noch wundern, warum Vertrauen in die Politik immer weiter verloren geht.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Stefan Glaser'.

Stefan Glaser

Fraktionsvorsitzender